

5 Utopisches Denken in der politischen Praxis der Gegenwart

„Warum eigentlich soll in einer Gesellschaft, die ein bestimmtes Niveau der Entwicklung der Demokratie aufweist, nicht in der freimütigsten Weise über die notwendige Weiterentwicklung diskutiert werden?“

– *Joseph Beuys*

„Fantasie an die Macht!“¹ war eine Forderung der Protestbewegung von 1968. Heute hingegen scheint alles fantasievoll und kreativ sein zu wollen – außer der Politik. Forderungen nach fantasievoller Politik umweht das verstaubte Image träumerisch anmutender ‚Flower-Power-Esoterik‘ fernab ernsthafter politischer Debatten. In einer Zeit globaler Krisen und Umbrüche mit starker politischer Dimension befinden wir uns ironischerweise in einer Situation, in der wir jederzeit einen Kurs für kreative Gartengestaltung buchen können, aber nicht für kreative Politikgestaltung, in der all unsere Friseure sich in ‚creative hair designer‘ verwandelt haben, sich Politiker jedoch mehr denn je als *Real*politiker definieren und man nach einem ‚creative politician‘ oder gar einem ‚creative politics designer‘ lange suchen würde. Ziel dieses Kapitels ist daher, konkrete politische Potenziale für die Nutzung von Utopien aufzuzeigen, die eine kreative Politikgestaltung ermöglicht, ohne den Bezug zur Realität zu verlieren.

Den Ausgangspunkt bildet die These, dass politisch gezielt genutzte Utopien kreative Potenziale entfalten können, um die bestehende Realpolitik innovativer, bürger näher, nachhaltiger und gemeinwohlorientierter auszurichten. Die politische Ablehnung der Utopie hingegen rührt, so die Annahme, aus einer Angst vor dem Verlust

1 U. a. Jean-Paul Sartre erkannte gerade darin das Potenzial der französischen Studentenbewegung. So resümierte er in einem Gespräch mit Daniel Cohn-Bendit: „Was an Ihrer Aktion interessant ist: sie setzt die Phantasie an die Macht.“ Die Zeit vom 31. Mai 1968: Die Phantasie an die Macht! Jean-Paul Sartre im Gespräch mit Daniel Cohn-Bendit. <http://www.zeit.de/1968/22/die-phantasie-an-die-macht> [10.05.2018].

des klaren Realitätsbezugs und einer entsprechenden öffentlichen Bewertung des eigenen politischen Agierens sowie einem relativ undifferenzierten, negativ geprägten Verständnis von der Utopie, das zudem selten reflektiert wird. Es besteht also die Frage, die bereits Jacoby stellte: „[...] how to connect utopian thinking with everyday politics. How can dreams of ‚what should be‘ link to ‚what is‘?“² Diese Frage evidenzbasiert zu beantworten, könnte den Weg zu einer neuen Art der Politikgestaltung aufzeigen, denn: „To connect a utopian passion with practical politics is an art and a necessity. [...] Without a utopian impulse, politics turns pallid, mechanical, and often Sisyphean [...]“³

Dafür erfolgt vor dem Hintergrund der vorangegangenen Analyse in diesem Kapitel zunächst eine Bestandsaufnahme der aktuellen Konditionen und Bedarfe utopischen Denkens in der Politik, um dann im Gegenzug Potenziale utopischen Denkens in der Bevölkerung aufzuzeigen und konstitutionelle Gelingensbedingungen für den Einbezug von Utopien in die Politik zu formulieren. Das Kapitel schließt mit einer zusammenfassenden Aufstellung aktueller realpolitischer Potenziale des Utopischen in Bezug auf konkrete politische Problemlagen der Gegenwart.

5.1 UTOPIEN IN DER HEUTIGEN POLITIK

„Man will keine Parteien mehr, weil die Parteien keine Utopien mehr haben und auch keine Weltanschauung mehr“⁴, begründet Precht die aktuelle Parteiverdrossenheit. Dem wird in diesem Teilkapitel nachgegangen, indem zunächst allgemein die begriffliche Nutzung der Utopie im bundespolitischen Diskurs analysiert wird, was dann am Beispiel der politischen Kommunikation der Geflüchtetenpolitik Angela Merkels konkretisiert wird und zu einer Diskussion des Realitätsbezugs von Politik und Utopie führt.

Der Begriff der Utopie im bundespolitischen Diskurs

Für ein besseres Verständnis der Bedeutung und Bewertung von Utopien im Kontext des klassischen politischen Terrains wurde zur ersten Orientierung eine ausschnittshafte Diskursanalyse zum Begriff der Utopie auf Ebene der Bundespolitik durchgeführt. Dafür wurden nach Parteien differenziert die verfügbaren Archive der Bundes-

2 Jacoby, Russell: *Picture imperfect. Utopian thought for an anti-utopian age*. New York 2005, S. 146.

3 Ebd., S. 148 f.

4 Precht; Hessel 2011.

tagsreden aus den Jahren 2005 bis 2015 untersucht.⁵ Im Fokus der Untersuchung stehen entsprechend der Forschungsabsicht die Fragen, welche Aussagen mit Bezug zur Utopie auftreten, welche Auffassung von der Utopie vermittelt wird und ob sich unterschiedliche Auffassungen je nach Partei identifizieren lassen oder ein parteiübergreifendes Verständnismuster auszumachen ist.

Die Annahme lautete mit Bezug auf einen allgemeinen Konsens in der Forschungsliteratur zur politisch pejorativen Besetzung des Terminus, dass der Begriff insgesamt nicht sehr häufig auftreten würde und eher mit einer negativen Konnotation versehen wäre. Außerdem wurde erwartet, dass er im linken Parteienspektrum mehr Verwendung erfahren würde als im konservativen Parteienumfeld, was aus der Tradition der Utopie, die im linken Spektrum stets stärker vertreten war, herrührt und auch durch die ihr inhärente Infragestellung der Bewahrung des Status quo begründet werden kann. Nicht erwartet wurden – unabhängig von der Partei – die Präsentationen eigener utopischer Entwürfe.

Tatsächlich fanden sich bei der konkreten Analyse die meisten Treffer zur Utopie in den Bundestagsreden der Partei Die Linke. Andererseits wurde jedoch auch festgestellt, dass der Begriff in den Reden der SPD und FDP überhaupt keine Verwendung fand, während er bei der CDU/CSU doch in etwa zwei Reden pro Jahr auftrat, beim Bündnis 90/Die Grünen fanden sich insgesamt nur drei Treffer. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass in den untersuchten Wahlperioden die CDU/CSU die stärkste Fraktion im Bundestag war und über entsprechend mehr Redeanteile verfügte. Darüber hinaus lässt sich die hohe Anzahl der Gesamtnennung der Utopie innerhalb der Linken vor allem auf die Reden eines einzelnen Vertreters zurückführen, der den Begriff besonders häufig in seinen Reden verwendete.⁶

5 Die Untersuchung erfolgte im Oktober 2015, die archivische Online-Recherche war zu dem Zeitpunkt historisch rückwärts von der 18. Wahlperiode bis zur 16. Wahlperiode möglich. Da die Untersuchung für die vorliegende Fragestellung jedoch wenig erkenntnisreich war, wurde die Recherche nicht ausgeweitet. Alle Dokumente des Deutschen Bundestages seit 1949 finden sich heute online archiviert hier: <http://www.bundestag.de/dokumente/> [10.05.2018].

6 Wolfgang Neškovi verwendete den Begriff ‚Utopie‘ in zwei Reden 44 Mal.

Tabelle 9: Nennung des Begriffs ‚Utopie‘ in Bundestagsreden nach Parteien 2005–2015.⁷

Partei	Anzahl der Reden, die den Begriff ‚Utopie‘ enthalten	Anzahl der Gesamtnennungen des Begriffs ‚Utopie‘
CDU/CSU	11	14
SPD	0	0
FDP	0	0
Bündnis 90/ Die Grünen	3	4
Die Linke	19	67
Gesamt	33	85

Insgesamt wurde der Begriff in den zehn untersuchten Jahren tatsächlich mit absoluter Seltenheit in der Politik verwendet – im gesamten Untersuchungszeitraum nur in 33 Bundestagsreden⁸ –, jedoch auch nicht vollständig vermieden. Dabei konnten zwischen den beiden Parteien mit den in absoluten Zahlen häufigsten Verwendungen (Die Linke und CDU/CSU) deutlich konnotative Unterschiede in der Verwendung ausgemacht werden. Im Sinne der Konservativen handelt es sich hierbei eher um Fantastereien, naives Wunschdenken oder gar Hirngespinnste, während Utopien von den Linken eher als Antrieb für eine bessere Zukunft, als Wunschtraum, der aber nicht immer unverwirklicht bleiben muss, und als zu verfolgendes Ideal betrachtet werden.⁹ Erwartungsgemäß fasst niemand die Utopie als politisches Instrument auf oder präsentiert Entwürfe eigener Utopien.

Für sich allein genommen ist diese Analyse daher noch nicht sehr erkenntnisreich, sie bestätigt jedoch unsere Annahmen und macht die geringe Repräsentanz von Utopien in der aktuellen Politik deutlich. Für die Möglichkeiten kreativer und konstruktiver Politik wie Partizipation macht das zwei Effekte wahrscheinlich, die eng zusammenhängen: 1.) Das politische Mittel der Utopie bleibt, da als illusionär ver-

7 Zur Übersicht aller Reden mit dem Begriff ‚Utopie‘ siehe Anhang 1.

8 Im Durchschnitt wurden in den untersuchten Legislaturperioden knapp 3.000 Plenarreden pro Jahr gehalten. Für alle drei Legislaturperioden sind das 39.567 Plenarreden insgesamt. Vgl. Deutscher Bundestag (Hg.): Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1990 bis 2010. Kapitel 7.6. https://www.bundestag.de/blob/196278/c4c0e58775dc2d2e2c7206068bd32833/kapitel_07_06_redner_im_plenum-data.pdf [10.05.2018].

9 In der Reden-Übersicht werden auch die genutzten Konnotationen der Utopie aufgeführt. Siehe Anhang 1.

schrien, von Berufspolitikerinnen und Berufspolitikern größtenteils ungenutzt. 2.) Utopische Ideen für wirklich *andere* Denk- oder Strukturierungsweisen – egal welcher politischen Couleur – finden kaum Eingang in einen ernsthaften gesellschaftspolitischen Diskurs der professionalisierten Berufspolitiker. Stattdessen wurde die Utopie zu einem unreflektierten Bestandteil von Floskeln wie ‚das ist doch völlig utopisch‘, die allein auf das Merkmal der Unwahrscheinlichkeit rekurrieren. Dem Stempel des Utopisten versucht man als Politiker – das hat sich bei der Analyse der Bundestagsreden wie auch der persönlichen Interviews deutlich gezeigt – daher auf jeden Fall zu entgehen, scheint allein der *Begriff* doch unvereinbar mit ernsthafter Politik. Statt um die Entwicklung oder Diskussion von Utopien geht es gesellschaftspolitisch daher viel eher um vermeintlich realistische Handlungen pragmatischer Konnotation wie das Schnüren von ‚Maßnahmenpaketen‘, das Unternehmen von ‚Kraftanstrengungen‘ und das Spannen von ‚Rettungsschirmen‘.¹⁰

Dieser dominante Fokus auf die aktuelle Realität führt dazu, dass sich im politischen Diskurs zwar durchaus erhebliche Kritik am Status quo findet, doch selten der Mut und die Kreativität gezeigt werden, diesem ein ganz neues, alternatives und systematisches Gesamtbild entgegenzusetzen. Stattdessen belässt man es bei der Kritik, im besten Fall wird eine Reform gefordert. Statt über die allgemeine Pfadrichtung offen zu diskutieren, verlieren sich die meisten Debatten in Detailfragen. Um beim Bild der Pfadrichtung zu bleiben: Es wird nicht über den Weg an sich diskutiert, sondern man streitet über den richtigen Straßenbelag, die Grenzabmessung, die Mittelbepflanzung oder ob man das Ganze nun ‚Beethoven‘- oder ‚Mozart-Straße‘ nennen soll. Der Zoom auf die politische Landkarte ist so nah eingestellt, dass Diskussionen über ganz spezifische Aspekte erfolgen, ohne im Blick zu haben, wo der Weg überhaupt hinführt. Das endet nicht selten in Streitigkeiten um Begrifflichkeiten, eröffnet aber keine Debatten über die Gesamtperspektive der Gesellschaft. Eine Ausnahme könnte der zum Bonmot gewordene Ausspruch ‚Wir schaffen das!‘ Angela Merkels bilden, der in den Debatten zur Geflüchtetenpolitik nicht nur entschlossene Zuversicht demonstrierte, sondern auch außergewöhnlich visionär wirkte. Hält hier das utopische Denken Einzug in die Realpolitik?

Das Problem des Realitätsbezugs

In ihrer Neujahrsansprache 2016 greift Merkel ihren viel zitierten Ausspruch noch einmal auf: „Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, es stimmt: Es ist eine besonders herausfordernde Zeit, in der wir leben. Aber es stimmt auch: Wir schaffen das, denn

10 Vgl. auch Guérot 2016, S. 62.

Deutschland ist ein starkes Land.“¹¹ Woher diese Stärke rührt und in welchem Bereich sie genau liegt, bleibt ebenso offen wie die Frage, wer überhaupt zu diesem ‚wir‘ gehört und wie das konkrete Ziel aussieht, wenn Deutschland ‚das‘ geschafft hat. Das wären Fragen, die zu beantworten tatsächlich in die Utopie führen würde, einen Schritt, den Merkel nicht geht. Sie zeichnet also kein utopisches Bild, nimmt aber zumindest den Pinsel in die Hand und deutet dorthin, wo eines entstehen könnte. Zudem vermittelt sie die Sicherheit, dass dies eine positive Gestalt hätte, was Hoffnung – nach Bloch bekanntlich der Grundstein jeder Utopie – generiert. Ein kleines Maß geht dieser Ausspruch also über die aktuell realen Probleme hinaus und antizipiert zumindest ein Stück weit die Zukunft.

In der Debatte um die Zuwanderung werden außerdem schnell Assoziationen an die letzte große Herausforderung wach, die Deutschland in Bezug auf das Zusammenwachsen von Menschen verschiedener Sozialisation und Kultur zu meistern hatte, die wenig überraschend auch Merkel bedient:

„Ebenso steht völlig außer Frage, dass unser Land schon so viele große Herausforderungen gemeistert hat und noch immer an ihnen gewachsen ist. Am 3. Oktober haben wir den 25. Jahrestag der Wiedervereinigung Deutschlands gefeiert. Ist es nicht großartig, wo wir heute, 25 Jahre später, stehen? Wir sind als Nation zusammengewachsen. Wir haben die niedrigste Arbeitslosigkeit und die höchste Erwerbstätigkeit des geeinten Deutschlands. Der Bund hat schon zwei Jahre nacheinander keine neuen Schulden gemacht. Die Reallöhne wachsen, die Wirtschaft ist robust und innovativ.“¹²

Das Bemerkenswerte ist, dass durch diese Ausführungen zur Vereinigung von Ost- und Westdeutschland plötzlich viel deutlicher illustriert wird, was das ‚Wir schaffen das!‘ eigentlich bedeutet. Der Erfolg des ‚Zusammenwachsens‘ wird in dominanter Weise an ökonomischen Faktoren ausgemacht: Arbeitslosigkeit, Erwerbstätigkeit, Verschuldung, Reallöhne, wirtschaftliche Lage. Kulturelle, gesellschaftliche, soziale Aspekte werden diesbezüglich kaum thematisiert. ‚Wir schaffen das!‘ muss dementsprechend dahingehend interpretiert werden, dass Deutschland trotz der Herausforderungen durch eine große Anzahl an Geflüchteten und Asyl-Bewerbern auch in 25 Jahren über eine starke Wirtschaft, hohe Beschäftigungszahlen und angemessene Reallöhne verfügt. ‚Wir schaffen das!‘ hat damit aber nicht nur eine sehr ökonomische, sondern auch eine sehr statische Komponente, denn es trägt das Versprechen in sich: Wir haben eine Aufgabe, die werden wir lösen, dann können wir das abhaken und

11 Merkel, Angela: Neujahrsansprache 2016 in Berlin am 31. Dezember 2015. http://www.bundeskanzlerin.de/Content/DE/Podcast/2015/2015-12-31-Video-Podcast/links/download-PDF.pdf?__blob=publicationFile&v=5 [10.05.2018.]

12 Ebd.

Feierabend machen.¹³ Das erinnert eher an die Idee der Bewahrung des utopischen Endzustands der klassischen Utopien, statt an eine dynamische Entwicklung immer neuer Zukunftsbilder.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht mehr überraschend, dass der visionär anmutende Slogan am Ende als Türöffner zu einem Deal mit der Türkei fungiert, der gegenüber man vor allem von Seiten der CDU bis wenige Wochen vorher noch sehr reserviert auftrat und umfangreiche demokratische Entwicklungsschritte¹⁴ forderte, um von deutscher Seite als gleichwertiger Partner akzeptiert zu werden. Deren Nähe man nun jedoch ausgerechnet zu dem Zeitpunkt sucht, als dort in verstärktem Maße individuelle Freiheitsrechte, allen voran die Pressefreiheit, in gehörigem Maße eingeschränkt werden.¹⁵ Insofern zeigt sich hier eine gewisse Janusköpfigkeit im realpolitischen Agieren: Es wird zwar die reale Gegebenheit der aktuell ansteigenden Geflüchtetenzenzahlen deutlich wahrgenommen, dafür ignoriert man jedoch bewusst die Menschenrechtsverletzungen der Türkei und lässt den dort herrschenden Recep Tayyip Erdoğan sogar Einfluss auf die Pressefreiheit in Deutschland nehmen, indem es ihm ermöglicht wird, einen Satiriker, der ein Schmähedicht über ihn verfasste, der Verleumdung anzuklagen.¹⁶ Die Türkei als Bollwerk Europas an der Grenze zum

13 Vgl. dazu auch Schulze, Ingo: Zwei, die reden. In: Die offene Gesellschaft und ihre Freunde. Hrsg. v. Alexander Carius, Harald Welzer und Andre Wilkens. Frankfurt am Main 2017, S. 85.

14 Vgl. z. B. Europäische Kommission: Turkey 2012 Progress Report. Brüssel 2012. http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2012/package/tr_rapport_2012_en.pdf [10.05.2018]. Bolzen, Stefanie: EU fällt hartes Urteil über die Türkei. Die Welt vom 08. Oktober 2012. <http://www.welt.de/politik/ausland/article109691565/EU-faellt-hartes-Urteil-ueber-die-Tuerkei.html> [10.05.2018]. Zur Historie des türkischen Reformprozesses bis 2009: Söyler, Mehtap: Der demokratische Reformprozess in der Türkei. In: APuZ (39-40/2009). Türkei, S. 3–8. <http://www.bpb.de/apuz/31726/der-demokratische-reformprozess-in-der-tuerkei?p=all> [10.05.2018].

15 Vgl. z. B. Umar, Ebru: Türkei nimmt niederländische Journalistin kurzzeitig fest. Die Welt vom 24. April 2016. <http://www.welt.de/politik/ausland/article154693174/Tuerkei-nimmt-niederlaendische-Journalistin-kurzzeitig-fest.html> [10.05.2018]. Die Zeit vom 24. April 2016: Flüchtlinge. „Merksels Türkeireise gaukelt Humanität vor“. <http://www.zeit.de/politik/ausland/2016-04/fluechtlinge-angela-merkel-tuerkei-besuch-reaktionen-kritik> [10.05.2018]. Die Zeit vom 11. März 2016: Pressefreiheit. Erdoğan droht türkischem Verfassungsgericht mit Abschaffung. <http://www.zeit.de/politik/ausland/2016-03/pressefreiheit-tuerkei-recep-tayyip-erdogan-drohung-verfassungsgericht-journalisten> [10.05.2018].

16 Vgl. dazu z. B. Die Zeit vom 15. April 2016: Jan Böhmernann. „Merkel kuschelt vor Erdoğan“. <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2016-04/jan-boehmermann-recep-tayyip-erdogan-schmaehgedicht-straftverfahren-spd-kritik> [10.05.2018]. Schlüter, Christian: Wie lange gilt in Deutschland noch die Meinungs- und Pressefreiheit? Berliner Zeitung vom

Orient wird – man könnte sagen in historischer Tradition – erneut bemüht und soll Geflüchtete abweisen, noch bevor sie vor deutschen Türen stehen.¹⁷

Dennoch steht die Proklamation des ‚Wir schaffen das!‘ in einer gewissen Diskrepanz zur reinen Realpolitik, was zu erheblicher Kritik an Merkel geführt hat.¹⁸ Von unterschiedlichsten Persönlichkeiten der deutschen Politsphäre wurde ihr vorgeworfen, wie Alt-Kanzler Schröder es explizit formuliert, „die Realität ignoriert“¹⁹

-
07. April 2016. <http://www.berliner-zeitung.de/politik/meinung/kommentar-wie-lange-gilt-in-deutschland-noch-die-meinungs-und-pressefreiheit-23844716> [10.05.2018].
- 17 Vgl. Alkousaa, Riham; Popp, Maximilian: Grenze zwischen Syrien und Türkei. Der Todesstreifen. Der Spiegel vom 30. November 2016. <http://www.spiegel.de/politik/ausland/grenze-zwischen-syrien-und-der-tuerkei-der-todesstreifen-a-1123708.html> [10.05.2018]. Mijnsen, Ivo: Etappen der türkisch-europäischen Beziehungen. Vom Bollwerk zum Grenzwächter. Neue Züricher Zeitung vom 4. März 2016. <https://www.nzz.ch/international/aktuelle-themen/etappen-der-tuerkisch-europaeischen-beziehungen-vom-bollwerk-zum-grenzwaechter-ld.6229> [10.05.2018].
- 18 Vgl. z. B. Vitzthum, Thomas: Wie „Wir schaffen das“ ein Anti-Merkel-Slogan wurde. In: Die Welt vom 31. Juli 2016. <https://www.welt.de/politik/deutschland/article157407429/Wie-Wir-schaffen-das-ein-Anti-Merkel-Slogan-wurde.html> [12.05.2018]. Die Zeit vom 30. Juli 2016: CSU-Chef distanziert sich vom „Wir schaffen das!“. <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2016-07/horst-seehofer-fluechtlingspolitik-angela-merkel-distanzierung> [11.05.2018]. Die Zeit vom 28. September 2015: Union streitet über Merkels „Wir schaffen das“-Politik. <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2015-09/angela-merkel-fluechtlinge-cdu-partei-kritik> [11.05.2018]. Hier bestehen große Parallelen zu Helmut Kohls Ankündigung der ‚blühenden Landschaften‘, die im Rahmen der deutschen Wiedervereinigung in den neuen Bundesländern entstehen würden, die ebenfalls verspricht: Wir schaffen das. Vgl. Kohl, Helmut: Fernsehansprache von Bundeskanzler Kohl anlässlich des Inkrafttretens der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion vom 1. Juli 1990. In: Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung Nr. 86. <http://www.helmut-kohl.de/index.php?msg=555> [10.05.2018]. Auch Kohl wurde dafür stark kritisiert. Vgl. dazu auch Tichy, Roland: Doch blühende Landschaften. Mauerfall vor 25 Jahren. Ludwig-Erhard-Stiftung vom 12. November 2014. <http://www.ludwig-erhard-stiftung.de/erhard-aktuell/standpunkt/doch-bluehende-landschaften/> [10.05.2018]. Die Welt vom 09. März 2011: Merkel sieht ‚blühende Landschaften‘ im Osten. <http://www.welt.de/politik/deutschland/article12754015/Merkel-sieht-bluehende-Landschaften-im-Osten.html> [10.05.2018]. Das Beispiel der Utopie Kohls bringt auch der Vertreter der AfD im Interview mit der Autorin. Vgl. Anhang 6, Interview Nr. 8, Absatz 20–26.
- 19 Focus vom 15. Januar 2016: Altkanzler Schröder zur Flüchtlingskrise. „Realität ignoriert“, „keinen Plan“: Kritik an Merkels Asylpolitik. http://www.focus.de/politik/deutschland/altkanzler-zur-fluechtlingskrise-da-wurde-schlicht-die-realitaet-ignoriert-schroeder-kritisiert-merkel_id_5212643.html [10.05.2018].

zu haben. Das aber ist nicht so sehr für dieses singuläre Versprechen, sondern die gesamte Geflüchtetenpolitik der Bundesregierung in den Jahren 2015/2016 eine sinnvolle Hypothese, die an dieser Stelle vor allem dazu dienen soll, ausgehend von diesem konkreten Beispiel den Realitätsbezug von Utopie wie Realpolitik noch einmal zu diskutieren und Gefahren der Illusion aufzuzeigen.

Man hat während der sogenannten ‚Flüchtlingskrise‘ in der Tat innerhalb der Bundesregierung viele Probleme schlichtweg so lange ignoriert, bis sie direkt vor der eigenen Haustür standen.²⁰ Diese Realitätsferne entstand jedoch nicht durch utopisches Denken, sondern durch ein beständiges Festhalten am Status quo, durch die Illusion des Konservatismus, man könne das Bestehende immer weiter fortführen, erinnernd an den Endzustand der klassischen Utopien, der einen grundlegenden Wandel ablehnt. „Es sind ja nicht politische Phantasten“, wie Oskar Negt bereits 2012 konstatierte, „die uns in den letzten Jahren an den Rand des Abgrunds getrieben haben, vielmehr sind es die Realisten, die Realpolitiker auf allen gesellschaftlichen Ebenen“²¹. Das Problem ist demnach gerade nicht durch ein *Übermaß* an Fantasie, sondern durch einen *Mangel* an Imaginationsbemühungen aufgetreten. Die Realpolitik klebt, könnte man mit Bloch konstatieren, zu sehr „an den Dingen“²².

Dadurch werden bestimmte gesellschaftspolitische Entwicklungen unzureichend wahrgenommen und sich andeutende Krisen können nur unzureichend antizipiert werden. „Das heißt“, so Harald Welzer, „was momentan Realpolitik ist, ist Illusionspolitik, und was Utopismus ist, ist Realismus – weil utopisches Handeln, utopische Handlungsmaximen sind in der Tat ja insofern realistisch, indem sie davon ausgehen: So wie jetzt können wir einfach nicht weitermachen und es muss einen ganz fundamentalen Wandel geben.“²³ Auch Bloch bezeichnet die Utopie daher als „Nicht-Illusion“²⁴, denn aufbauend auf einer genauen Analyse der Realität antizipiert sie durch

20 Tatsächlich versuchte ein Landrat aus Bayern, so die Aufmerksamkeit der Bundesregierung auf die Zustände der mit dem Andrang an unterzubringenden Menschen überforderten Kommunen zu lenken, und fuhr mit einem Bus voller syrischer Geflüchteter vor dem Kanzleramt vor. Vgl. Schönian, Valerie: Flüchtlingskrise. Die instrumentalisierten Flüchtlinge. Die Zeit vom 15. Januar 2016. <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2016-01/fluechtlingelandshut-bus-mit-syrern-kanzleramt-berlin> [10.05.2018]. Der Spiegel vom 15. Januar 2016: Busfahrt zum Kanzleramt: Flüchtlinge müssen zurück nach Landshut. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlingsbus-in-berlin-syrer-muessen-offenbar-zurueck-a-1072133.html> [10.05.2018].

21 Negt, Oskar: Nur noch Utopien sind realistisch. Politische Interventionen. Göttingen 2012, S. 24.

22 Bloch 2013, S. 256.

23 Welzer, Harald: Die großen Hebel. Vortrag auf der ‚Utopia-Konferenz 2009‘ am 26. November 2009 in Berlin. <https://www.youtube.com/watch?v=Ov-gnuj3wY8> [10.05.2018].

24 Bloch 2013, S. 248.

das menschliche Imaginationsvermögen mögliche Zukunftsversionen.²⁵ Und genau das könnte ganz neue Perspektiven auf aktuelle Probleme eröffnen. Utopien bieten die auch realpolitisch nutzbare Chance, „innerhalb des Wirklichen den Sinn für das Mögliche zu schärfen“²⁶, und „lassen *ferne* Möglichkeiten absehbar werden, um hier und jetzt *ergreifbare* Möglichkeiten sichtbar werden zu lassen.“²⁷ Sinnvoll wäre somit, nicht eine Entscheidung zwischen rein realer und rein imaginativer Politik zu treffen, sondern das Verhältnis von Realität und Imagination in der Politik neu zu diskutieren. Aktuell jedoch kommt Negt im Anschluss an Bloch zu dem ernüchternden Urteil: „*Die Gegenwart leidet an chronischer Unterernährung der produktiven Phantasie*“²⁸.

Mit Potenziellem befasst man sich vor allem in Form von Hochrechnungen und Prognosen. Die Zukunft wird mehr berechnet als gestaltet. Denn während sowohl Prognosen als auch Utopien mögliche Zukunftsversionen präsentieren, die in der Realität verwurzelt sind, werden Prognosen unter der Perspektive der Wahrscheinlichkeit entwickelt, die Möglichkeit der Utopie hingegen gründet auf dem, was wünschenswert wäre. Ihr Zukunftsbild statuiert sich nicht aus der Statistik, sondern einer allgemein ansteigenden Lebensqualität. Die reine Rezeption von Prognosen oder Meinungsumfragen aber eröffnet von sich aus überhaupt keinen Gestaltungsraum. Zwar könnten Prognosen genutzt werden, um konkrete Lösungsansätze zu kreieren, die im Jetzt ansetzen, um die Zukunft positiv zu gestalten²⁹, in der aktuellen politischen Kommunikation erhalten diese Statistiken jedoch häufig einen deterministisch anmutenden Charakter, was Alternativen obsolet erscheinen lässt und zu einer gewissen Ratlosigkeit in Politik und Gesellschaft führt. Statt politischer Gestaltung der Gesellschaft erleben wir also vornehmlich ein reines Anpassungsverhalten an neue gesellschaftliche, politische und ökonomische Umstände, was in einem freiheitlichen politischen System im Grunde nicht einmal wirklich realistisch genannt werden kann, da ein freiheitliches System immer ein Moment des Unerwarteten enthalten muss. „Gar nicht abergläubisch aber, sondern nur realistisch ist es“, so betont Arendt, „in

25 Eine ähnliche Auffassung findet sich auch bei Schelsky. Schelsky, Helmut: Planung der Zukunft: Die rationale Utopie und die Ideologie der Rationalität. In: Soziale Welt 17 (2/1966), S. 155–172.

26 Seel, Martin: Drei Regeln für Utopisten. In: Zukunft denken. Nach den Utopien. Merkur-Sonderheft 2001, S. 747.

27 Ebd., S. 753.

28 Negt 2012, S. 27.

29 In diese Nische drängen statt der Politik verstärkt Sozialunternehmen, NGOs und Start-ups, die nicht auf einen politischen Wandel warten, sondern bestimmte Gesellschaftsveränderungen selbst in die Hand nehmen. Vgl. z. B. Project together (<https://www.projecttogether.org/>), Mein Grundeinkommen (<https://www.mein-grundeinkommen.de/>), tip me (<https://tip-me.org/>) [10.05.2018].

der Politik mit dem Unvorhersehbaren zu rechnen, auf es gefasst zu sein und Wunder dort zu erwarten, wo sie tatsächlich dauernd möglich sind.“³⁰

Die grundlegende Aufgabe der Politik kann im Sinne Jonas' und Arendts darin gesehen werden, Strukturen für ein lebenswertes Leben zu schaffen, ein möglichst gutes Zusammenleben zu ermöglichen. Doch dieses Schaffen ist sehr in den Hintergrund der politischen Praxis getreten, die von Ad-hoc-Entscheidungen dominiert wird, die zwar die Zukunft betreffen, deren zukünftigen Dimensionen aber häufig aus dem Radius der Realpolitik verschwinden, indem man sich allein mit den aktuellen Gegebenheiten befasst, handelt, ohne die langfristigen Ziele dieses Handelns zu diskutieren. Ein beliebtes Beispiel von Claus Leggewie ist hier die Entscheidung für die zivile Nutzung von Atomkraft, ohne die Frage nach der Entsorgung des Atommülls zu ergründen³¹, man könnte aber auch aktuelle Beispiele nennen, wie die Genehmigung von Glyphosat ohne die finale Abklärung, ob dieses gesundheitsschädigend³² ist oder nicht. Es wird nach den jetzigen (vor allem ökonomischen) Bedingungen entschieden, ohne langfristige Kosten und spätere Effekte in die Kalkulation einzu-beziehen.

Unter solchen Bedingungen von der Freiheit des Individuums zu sprechen, mutet beinahe grotesk an, denn unter dem Deckmantel des Liberalen erfahren wir heute eine Machtdominanz ökonomischer Großkonzerne, die ihre Interessen in beinahe allen Lebensbereichen durchsetzen können und durch riesige Datensammlungen neben der Macht des Geldes die Macht der Information in ihren Händen stetig vergrößern³³, sowie eine Politik, die dazu keine Alternativen sieht, immer weiter die Überwachung des Bürgers befördert³⁴ und nicht revidierbare Entscheidungen für ganze Generatio-

30 Arendt, Hannah: Freiheit und Politik. In: Dies. 2013c, S. 223.

31 Vgl. Nanz, Patrizia; Leggewie, Claus: Die Konsultative. Mehr Demokratie durch Bürgerbeteiligung. Berlin 2016.

32 Vgl. Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit: Hintergrundinformation: Erneuerung der EU-Genehmigung für Glyphosat. https://www.bvl.bund.de/DE/08_PresseInfothek/01_FuerJournalisten/01_Presse_und_Hintergrundinformationen/04_Pflanzenschutzmittel/2017/2017_12_01_Glyphosat.html [25.05.2018].

33 Vgl. Hofstetter, Ivonne: Das Ende der Demokratie: Wie die künstliche Intelligenz die Politik übernimmt und uns entmündigt. München 2016. Dazu auch: Welzer, Harald: Die smarte Diktatur. Der Angriff auf unsere Freiheit. Frankfurt am Main 2016. Aral, Sinan; Walker, Dylan: Vision Statement: Forget Viral Marketing – Make the Product Itself Viral. Harvard Business Review June 2011. <https://hbr.org/2011/06/vision-statement-forget-viral-marketing-make-the-product-itself-viral> [10.05.2018].

34 Vgl. Amnesty International (Hg.): Dangerously Disproportionate – The ever expanding national security state in Europe. London 2017. <https://www.amnesty.org/en/documents/eur01/5342/2017/en/> [10.05.2018]. Denkler, Thorsten: BND bekommt eine Lizenz zum Datensammeln. Süddeutsche Zeitung vom 21. Oktober 2016. <http://www.sueddeutsche>

nen trifft. Was Schönherr-Mann zu der sarkastisch anmutenden Frage veranlasst: „[...] hat man sich im Zeitalter von Neoliberalismus und Pragmatismus doch längst mit der sozialen Ungleichheit arrangiert? Braucht man folglich das utopische Denken nicht mehr?“³⁵

„In der Politik wie auf dem Warenmarkt wird nicht Individuen der Hof gemacht, vielmehr werden mit psychologischer und soziologischer Erfahrung Massen dirigiert.“³⁶ „Die im Schwinden begriffene Unstimmigkeit zwischen Individuum und Gruppe tritt am Ende nur bei ungeratenen Exemplaren, Verbrechern und Oppositionellen in Erscheinung.“³⁷ Das stellte Horkheimer bereits 1965 fest, doch genau mit diesen Verhaltensmustern und Einstellungen befinden wir uns auf dem utopiefreien Weg der Realpolitik aktuell weit entfernt von Poppers ‚offener Gesellschaft‘ und in einer Situation, in der der Individualismus häufig nur oberflächlich bleibt und der Einzelne in der Masse aufgeht, ohne dass ihn diese als eine gut strukturierte *Gemeinschaft* auffangen würde.

Gestützt wird dieses Verhalten durch eine Externalisierung von allem Unangenehmen aus der eigenen (westeuropäischen) Gesellschaft. Nicht nur unattraktive Arbeitsplätze, sondern auch jede Menge Müll, stark umweltbelastende Industrie und monokultureller Plantagenanbau werden einfach ausgelagert – genauso wie die damit einhergehenden sozialen und umwelttechnischen Probleme. Selbst die Verantwortung dafür möchte man nicht gerne wahrhaben und verdrängt die Effekte des eigenen wirtschaftlichen und politischen Handelns³⁸, schließt lieber die Türen und Grenzen, bevor die mitverursachten Probleme einen selbst einholen. Möglich wird das nur durch ein bewusstes Augenverschließen, einen Betrug an uns selbst, doch die Frage ist, wie lange wir diese Lüge noch aufrechterhalten können. Denn die existierenden Konflikte werden sich so kaum lösen lassen. „Die Welt, die wir geschaffen haben, ist das Resultat einer überholten Denkweise. Die Probleme, die sich daraus ergeben, können nicht mit der gleichen Denkweise gelöst werden.“³⁹

de/politik/neues-bnd-gesetz-bnd-bekommt-eine-lizenz-zum-datensammeln-1.3212099 [10.05.2018].

35 Schönherr-Mann 2013, S. 138.

36 Horkheimer, Max: Feudalherr, Kunde, Fachmann. Das Ende des Märchens vom Kunden als König. In: Ders. 1985b, S. 253.

37 Ebd., S. 252.

38 Stephan Lessenich spricht hier auch von ‚sekundärer Externalisierung‘. Lessenich, Stephan: Neben uns die Sintflut: Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis. Berlin 2016.

39 Ein Zitat, das Albert Einstein zugeschrieben wird. Vgl. z. B. Stamateas, Bernado: Toxische Typen. Wenn andere Gift für uns sind und was wir dagegen tun können. München 2013, S. 118. Hardtke, Arnd; Prehn, Marco (Hg.): Perspektiven der Nachhaltigkeit. Vom Leitbild zur Erfolgsstrategie. Wiesbaden 2001, S. 13.